

für Halle vierteljährlich bei postreife...
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.

Saale-Zeitung.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

wenden die Spaltenzeile oder deren
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von
unseren Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.

Nr. 27.

Halle a. S., Sonntag, den 17. Januar

1909.

Der neue Eisenbahnetat.

Von den zahlreichen Spezialetat, die dem preussischen
Hauptetat beiliegen, weist wohl der Eisenbahnetat
die größten formellen Veränderungen gegen die Vorjahre
auf.

Wichtigter als diese formellen Neuerungen, die ja im
wesentlichen nur den Charakter und die Struktur
ändern, sind die materiellen Veränderungen, die der Finanz-
minister vorschlägt.

Die Hoffnungen, die auf den Ausgleichsfonds
gestellt wurden, haben sich aber nicht erfüllt, ein Umstand,
den Herr v. Rheinbaben darauf zurückzuführen sucht, daß
man sich dabei zu viel Ziele auf einmal gesetzt habe.

Was nun die ordentlichen Einnahmen der
Eisenbahnverwaltung in 1909 betrifft, so ist davon wenig
Rühmliches zu melden. Die Einnahmen aus dem Personen-
und Gepäckverkehr sind mit rund 539 Millionen — das
sind beinahe 14 Millionen weniger als im Vor-
jahre — eingebüßt worden.

für einen Monat mit 500 000 M. zu berücksichtigen.
Während bisher offiziell und offiziös die geringere Steigerung
über, was daselbst ist, die Mindereinnahme aus dem Per-
sonenverkehr hauptsächlich auf die Fahrkartensteuer zurück-
geführt wurde, wird hier ausschließlich die Personentarif-
reform dafür verantwortlich gemacht.

Vergleicht man die Betriebseinnahme von 1909 (rund
1351 Millionen Mark) und Betriebsausgaben (1374 Mil-
lionen Mark) mit denen des Vorjahres, so stellt sich der
Betriebsüberschuß um 143 Millionen Mark geringer als
1908.

Von den außerordentlichen Ausgaben behauptet der
Finanzminister, alle diejenigen auf Anleihen übernommen
zu haben, die ungewissfalls einen verbesserten Charakter
besitzen, so den Bau zweiter und dritter Gleise, die Umbauten
von Nebenbahnen zu Hauptbahnen und die Einführung des
elektrischen Betriebes.

Abdankung des Fürsten von Montenegro.

Wien, 16. Jan. Hier eingetroffene Meldungen
besagen, daß in Cetinje eine große Umwälzung statt-
gefunden habe. Fürst Nikita habe dem Throne ent-
sagt, und Prinz Mirko sei an seine Stelle getreten.

A-K. Fast eine Trauernachricht. Europa brachte dem
Mann, der während 48 Jahren das kleine Land der Crno-
gorci beherrschte, eine ziemlich ungeteilte Sympathie
entgegen. Als Fürst Nikita, nachdem im Jahre 1860 sein Heim
Danilo durch Mord gefallen war, den Thron der
Schwarzen Berge bestieg, sah er sich durch den Zustand in der
benachbarten Herzegowina gezwungen, zu den Waffen zu
greifen.

Die jetzt folgende neue Friedensentscheidung mußte Fürst Nikita
vortrefflich aus. Grundsätzlich Reformen auf dem Gebiete
des Schul- und Heereswesens sind sein Werk. In zahlreichen
Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, erwies er sich als
geschickter Diplomat, und durch die Verheiratung seiner
Töchter verlor er, nahe Beziehungen mit mehreren
Großmächten herbeizuführen. Zwei russische Großfürsten
führten montenegrinische Prinzenfamilien heim, und die
Königin Elena von Italien, die jetzt bei der Kata-
strophe in Sizilien hervorragende Eigenschaften an den
Tag legte, ist ebenfalls auch eine Tochter des Fürsten der
Schwarzen Berge.

Nikita I. gebachte wohl, seine Tage in Ruhe auf dem
Thron von Montenegro zu beschließen, und die Kunde von
der Annexion Bosniens durch Oesterreich-Ungarn kam
ihm sicherlich wenig erwünscht. Ohne sein Zutun lag er sich
plötzlich mitten in den Strudel der Balkan-Krise hinein-
gezogen und der Panikismus des serbischen Volkvolkes,
sich schwere Gefahren auch für Montenegro heraufzuführen.
Durch die Veränderungen zwischen Oesterreich
und der Türkei ist nun die Balkan-Krise in ein völlig
neues Stadium getreten und erfordert von den Völkern der
beteiligten Staaten von neuem die Anspannung aller Kräfte.

Im Gegensatz zu seinem Bruder hat er stets sehr leb-
haften Anteil an der Politik seines Landes genommen. Er
wurde am 5. April 1879 zu Cetinje geboren und steht somit
im dreißigsten Lebensjahr. Vermählt ist er seit Juni 1902

mit Katalie aus dem Hause Konstantinowitsch. Welchen
Einfluß der Thronwechsel auf die Haltung Montenegros in
der Balkanfrage haben wird, läßt sich zur Stunde kaum über-
sehen. Immerhin wird man nicht fehlgehen, wenn man an-
nimmt, daß der neue Herrscher im Interesse seines Landes
alles daran setzen wird, um die freundschaftlichen Beziehungen
die Jahrzehntlang zwischen Montenegro und Oesterreich-
Ungarn bestanden, wiederherzustellen und zu erhalten.

Sonstige Meldungen zur Orient-Krise.
Budapest, 16. Jan. Aus Szegedin wird gemeldet:
Die hiesige Eisenbahnbrücke über die Theiß hat seit gestern
unter militärischer Bewachung. Es sind zwölf
Mann unter dem Kommando eines Offiziers zur Bewachung
behalten worden.

Roumanien, 16. Jan. Die Türkei behauptet, aus
autoritativer Quelle zu wissen, daß Bulgarien eine Zone
des Moshambanern bewohnten Territoriums in Ostru-
menien der Türkei abtreten will als Ersatz für einen
Teil der Gebietsabgabe, die die Pforte verlangt.

Roumanien, 16. Jan. Wie Adam meldet, hat die
Pforte, da ihr aus den Provinzen Desepesch gehen, die
von Beunruhigungen wegen der angeblichen Angliederung
ungarischer Gebiete, den Befehl gegeben, durch Lokal-
blätter zu veröffentlichen, daß sie sich sehr bemühe, die Sou-
veränität der Türkei zu wahren, und daß weder die
griechische Regierung noch der König die nötigen Schritte
wegen der Angliederung getan hätten. Alle hierauf bezüg-
lichen Gerüchte seien nur Vermutungen.

Deutsches Reich.

Soz. und Personalnachrichten.
Der Kaiser nahm gestern im Königlichen Schloß zu
Berlin die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts,
Admirals von Tirpitz und des Chefs des Marinekabinetts,
Vizeadmirals von Müller, entgegen.

Der Kaiser an die Witwe

Bei der Witwe Ernst von Wildenbruchs ist folgendes
Telegramm des Kaisers ein:

Die Meldung von dem Hinscheiden Ihres Gatten hat
mit herzlicher Teilnahme erfüllt, und spreche ich Ihnen
mein wärmstes Beileid aus. Mit dem deutschen Volke
stehe ich den Verlust des trefflichen Mannes und gott-
begnadeten Dichters, dessen Lebenswerk der Wit-
und Nachwelt unvergängliche Schätze geschaffen und geschenkt
hat. Wilhelm I.

Auch der Großherzog von Sachsen-Weimar drückte sein
Beileid telegraphisch aus.

Ein treffliches Wort.

das wert wäre, in dem Rathauslande jeder Stadt als Sinn-
spruch zu prägen, sprach dieser Tage der Bürgermeister der
kleinen Stadt Bad Rissen gelegentlich der Einführung
neuer Stadtverordneten. Bürgermeister Kretschmar
führte als Willkommengruß u. a. aus:

Meine Herren! Die mir erteilt gewordene angenehme Auf-
gabe der Einführung erheischt mit durch drei Momente besonders
beachtenswert. Zunächst hat der demokratische Grundcharakter
unserer Stadtverwaltung einen fortschrittlichen Ausbau erfahren,
indem die Bürgerhaft von heute ab durch 18 Stadtverordnete
an Stelle der bisherigen 12 einen erweiterten Anteil an ihrer
Selbstverwaltung nehmen wird.

Vor noch nicht ganz zwei Monaten war die Säcularfeier
unserer Selbstverwaltung. Möchte das eben begonnene zweite
Jubiläum ein neues Erwachen unseres Bürgerfinns und gerechten
Bürger Stolzes werden, in dem das freie Recht des deut-
schen Bürgers höher gilt als früherer Tanz,
Rang, und Titel steht, und die Rechte auch der kleinen
Städte nicht stagnieren wie bisher, sondern den ihnen gebührenden
Ausbau und Wach ihrer Selbstverwaltung erlangen, von ihrer
regierungsseitigen Bevormundung endlich zu mündigen Selbst-
verwaltungsorganen gehoben werden. Denn hier gilt das Wort:
Stillstand ist Rückschritt, ist Reaktion, gegen die wir kämpfen
müssen.

In diesen wenigen Sätzen finden wir präzis die Grund-
sätze ausgedrückt, die allein das Gelingen einer Stadt
verändern. Auch die kleinen Städte muß das Recht haben,
die Aktion vorzuschlagen, nach der verfahren wird, und
nur dadurch, daß sich ein Bürgermeister weber von oben
noch von unten regieren läßt, kann von einem Ausbau
der Selbstverwaltung in wirklich demokratischem
Sinne die Rede sein.

Die Kampagne der Zentrums- und Fortschrittspresse

wird offiziös in der „Nordd. Allg. Zig.“ wie folgt zurück-
gewiesen:

„Die mehrfach von uns behandelte Kampagne, die in
einem Teil der Zentrums- und Fortschrittspresse in den letzten Wochen
gegen den Reichstagsantrag geführt worden ist, hat ein
ausländisches Blatt zu einer Umfrage bei deutschen Parla-
mentariern veranlaßt. Unter den mitgeteilten Bemerkungen
findet sich auch eine Bemerkung, der zufolge sich einige hohe
Militärs daran beteiligen hätten, dem Kaiser Anwerbungen
wegen eines Kanzlerwechsels zu machen. Diese hohen
Militärs, so wird weiter gesagt, könnten es dem Fürsten
Bülow nicht verzeihen, daß er nicht zu Beginn des





